

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/201

Bonn, den 22. Oktober 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 3	Von draussen gesehen	127
	<u>Bemerkungen zum Regierungsprogramm Prof. Erhard's</u>	
	Von Fritz Sänger, MdB	
4 - 4a	Pionierarbeit im Geiste der Atlantischen Partnerschaft	74
	<u>Zur internationalen Konferenz der Friedrich Ebert-Stiftung</u>	
	in Berlin	
4a	Botschafter Berlins in Bonn -	26
	<u>Zum Tode von Günter Klein</u>	
5	Pankows Reaktion auf Bonn	50
	<u>Furcht vor einer aufgeschlossenen Ostpolitik</u>	
	Von Eberhard Schreiber, Berlin	
6	Ohne Gerhardsen geht es nicht	43
	<u>Kommunalwahlen stärkten die Stellung der Regierung</u>	
	Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Raeten	

Chefredakteur Günter Markscheffel

Von draussen gesehen

Bemerkungen zum Regierungsprogramm Prof. Erhards

Von Fritz Sänger, MAB

- * MAB Fritz Sänger, Langjähriger Chefredakteur der Deutschen
- * Presseagentur, ist vor kurzem aus den USA und Canada zurick-
- * gekehrt. Wir veröffentlichten sein "Reisetagebuch". Heute
- * schreibt Fritz Sänger zur Regierungserklärung Prof. Erhards
- * unter Berücksichtigung der in den USA und Canada über die bis-
- * herige deutsche Politik geäusserten Meinungen. - Die Reaktion

* * *

In der Bundesrepublik Deutschland hört man nicht selten die Meinung, die deutschen Dinge seien der Zentralpunkt der weltpolitischen Probleme in unserer Zeit. Das ist eine um mehrere Grade zu hohe Bewertung unserer Angelegenheiten, wie man, hört man sich im Ausland an, sehr bald festzustellen gezwungen ist. Man nimmt unsere Fragen wichtig, und die maßgebenden Männer jenseits der deutschen Grenzen wissen und beachten, wie ereignistrachtig und gefährlich die deutsche Spaltung ist und alle daraus sich ergebenden Themen ebenso. Aber der Angelpunkt des Weltgeschehens - nein, der liegt nicht, jedenfalls nicht nur, in Deutschland. Es wäre eine verhängnisvolle Illusion, die Rangordnung der Probleme anders zu sehen. Dennoch findet die Bundesrepublik und was in ihr und durch sie geschieht, ernste Aufmerksamkeit.

* * *

Die neue Bundesregierung wird seit langem erwartet. Das ist nicht nur in dem Sinne gemeint, daß man sich in Washington, London, Paris, Rom, Moskau und anderswo darauf einzustellen versucht, sondern auch so, daß sich Hoffnungen auf eine neue Regierung in Bonn richten. Die Politik des Kanzlers Konrad Adenauer war starr, unbeweglich, nahezu unpolitisch geworden, auf jeden Fall vielen draussen unverständlich, weil Adenauer neue Tatsachen ignorierte.

Erst die Anstrengungen des Aussenministers Dr. Gerhard Schröder führten in der letzten Monaten zu der Vorausschau, daß es wieder möglich sein werde, eine reale Mitwirkung der Bundesrepublik bei den schwierigen Arbeiten an den Details der Politik der Entspannung zu erreichen. An Deklamationen haben die Freunde Deutschlands kein Interesse. Eine Politik der Vernunft sollte, so hörten wir in vielen Gesprächen, auch von deutscher Seite her Zustimmung und redliche Mitarbeit finden, weil sie im deutschen Interesse liegt.

Der neue Kanzler Erhard hat der Aussenminister Schröder zu seinem Mitarbeiter gewählt, dessen jüngste Aktivität, und bei aller Währung des deutschen Standpunktes verständnisvolle Haltung, erkennbar Sympathie erweckten. Es wird nützlich sein, daß er die schwere Aufgabe der taktvollen Wahrnehmung lebenswichtiger deutscher Interessen auch dann unbeeinträchtigt fortsetzen kann, wenn das zu Spannungen führt, entstehen sie hier oder dort und wo und aus welchen Gründen immer. Der Kanzler würde gut beraten, wenn er das erkennen und solche Erkenntnis hilfreich realisieren würde. In seinem Programm für die Arbeit der von ihm geführten

Regierung stehen manche Sätze, die auch von draussen geschen Hoffnungen nähren könnten. Es müßte aber nicht Ludwig Erhard sein, um sogleich jeden Zweifel an der Übertragung solcher Sätze in die Wirklichkeit begraben zu können.

* * *

Vom dem neuen Kanzler werden keine "umstürzlerischen Aktionen" erwartet, um den Ausdruck eines ausländischen Freundes zu gebrauchen. Er wird als ein vorsichtiger Mann gesehen. Vorsicht ist keine Untugend, und wenn es bei dieser Kennzeichnung geblieben wäre - das Bild wäre heiterer. Erhard wird als ein Freund der Einbeziehung Großbritanniens und Skandinaviens, auch anderer Nationen, in die EWG betrachtet. Aber er ist auch als ein Mann bekannt - man sagte es dezent und mit artiger Zurückhaltung - der nicht über ein ungewöhnliches Maß von Energie verfügt. Die jedoch wäre nötig, um Fehler der Adenauer-Regierung zu berichtigen. Das gilt auch für die eingeleiteten deutschen Ostbeziehungen. Verträge allein tun es nicht, sie müssen auch realisierbar sein. Auf Absprachen zur gemeinschaftlichen Hilfe für Entwicklungsländer wird erwartet. Die Verteidigungspolitik, Grundsätze der weltweiten Handelspolitik und zahlreiche Einzelfragen, die zusammen die Weltpolitik ausmachen, harren einer sorgfältig ausgearbeiteten Konzeption. Da seien seit Jahren anstehende wichtige Teilfragen endlich zu beantworten, so wurde in Gesprächen draussen betont. Erhard aber ist seit Jahren Vizekanzler der Bundesregierung, die so viele offene Fragen hinterließ. So gering er diese Tatsache seiner verpflichtenden Position zu bewerten schien - man hatte nicht selten den Eindruck, daß er sich ihrer ungern bewußt war, daß er gar um sie herumjonglieren wollte - so eindeutig wird sie aber von denen, die an den Nebeln sitzen und mitberaten und mittaten, als Maßstab für seine politische Potenz genommen. Da steht Ludwig Erhard in einem fahlen Lichte.

Es müßte ein neuer, ein anderer Erhard sein, der als Kanzler tut, was er als Vizekanzler nicht gefordert, nicht erträgt oder gar unterlassen hat. Das nun vorliegende Regierungsprogramm hellt das matte Licht nicht auf, in dem er sich bisher als Initiator der Politik bewegte. Die Frage ist nicht, was will er tun, sondern: was tut er?

* * *

Die Affären, die in den letzten Jahren die Regierung Adenauer begleiteten, haben die Aufmerksamkeit des Auslandes auf die Wirklichkeit der Bundesrepublik gerichtet, auf die Frage nach dem Maß der bürgerlichen Freiheiten und der effektiven Rechtsstaatlichkeit. Nicht wenige meinten draussen, daß diese Affären einzeln und insgesamt das Ergebnis der innenpolitischen Wirksamkeit der bisherigen Regierungen darstellten, ein unbefriedigendes, ein trauriges und peinliches Ergebnis. Wie wird der neue Kanzler diese Fälle, die ja noch schweben, überzeugend und rechtlich bereinigen? Er wird, das kann nach allem Gehörten mit großer Bestimmtheit versichert werden, volle und tiefwirkende Zustimmung finden, er würde der Bundesrepublik in der freien Welt und in der öffentlichen Meinung der Völker einen hervorragender Platz erringen, wenn er ohne Rücksicht auf Personen und auf Bindungen, auf welchen Ebenen immer sie bestehen, allein das Recht durchsetzen und die Gerechtigkeit walten lassen würde, wenn er dafür sorgte, daß jeder sei-

ner Mitarbeiter, die Großen vor den Kleinen, in jeder Lage innerhalb der Legalität bleiben und Wortlaut und Geist des Grundgesetzes nicht nur gedruckt, sondern in Hirn und Herz sicher als Richtgedanken und unveräußerliches Gesetz mit sich tragen würde.

* * *

"Sie kommen zum Abschied des Herrn Höcherl noch immer zu recht", sagte ein wohlwollender Freund beim Abschied in New York am Abend des 24. September 1963. Man zeigt sich, Wochen danach, da wir die neue Regierung kennen, daß der neue Kanzler sich und seine Regierung nicht aus der Fessel zu befreien versuchte, die ihm politische Abhängigkeiten auferlegten. Sie wird die Hände dieses Kanzlers viele Male binden, vor allem sichtbar, wenn es nötig ist, politische Handlungen und Entscheidungen vor dem Hintergrund eines für seine Demokratie überzeugend glaubwürdigen und zuverlässigen Deutschlands darzustellen. Das wird nötig werden!

Erhard hatte es in der Hand, sich gerade in dieser Beziehung einen besseren Start zu sichern, und es spricht abermals für Schwäche und Unentschiedenheit, für Mangel an Klarheit und Eindeutigkeit, daß er - wir nehmen an: gegen seinen Willen - einer höchst umstrittenen, belasteten, im Inland wie im Ausland nicht unbedingt respektierten Mann ausgerechnet zum Verfassungsminister berief. Solche Entscheidungen sind draussen unverständlich für viele, die und deren gute Meinung für unsere deutsche Sache unentbehrlich sind. Diese weichlichen Nachgiebigkeiten in grundsätzlich wichtigen Einzelfragen wirken wie schleimendes Gift, das das Verhältnis zu den Freunden in Gefahr bringt. Unbegreiflich, wie wenig entwickelt in unserer politischen Führungsschicht oft der Sinn für Verantwortung ist, wie sinnlos und trotzig oft nützliche Helfer vorprellt oder Freunde provoziert werden.

Nicht nur der Kanzler Erhard wird diese Belastung zu spüren bekommen. Sie wird uns alle bedrücken, und keine klischeierte Geste, die wir spätestens im Kommuniqué über den ersten Besuch im Ausland erwarten, kann die Tatsache der Enttäuschung aus der Welt schaffen, die wir kennen.

Es gab eine Chance, daß der Kanzler in seinem Programm eine glückliche Begründung für diese exorbitante Entscheidung mitteilte. Sie fehlt in der Regierungserklärung. Es kann sie nun auch nicht geben, indem sie nachgetragen wird. Er erlag einer politischen Bindung - kein Zeichen von souveräner Sicherheit und Führung. Aber es wird das Kennzeichen dieser Regierung bleiben, und man wird aufmerksam beobachten, wieviel Ludwig Erhard Bundeskanzler, wieviel er Parteibeauftragter ist. Davon hängt es ab, ob die deutschen Fragen wenigstens einige Schritte vorangebracht werden können.

22. Oktober 1965

Pionierarbeit im Geiste der Atlantischen Partnerschaft

Zur internationalen Konferenz der Friedrich Ebert-Stiftung
in Berlin

G.M. ~ Es ist das Verdienst der Friedrich Ebert-Stiftung, daß sie gerade jetzt auf einer internationalen Konferenz in Berlin das Problem der europäischen Gemeinschaft im atlantischen Rahmen in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion stellt. Gewiß, diese Frage wird auch auf anderen Ebenen diskutiert, aber kein Ort ist so geeignet wie die alte deutsche Hauptstadt Berlin, die enge Verbundenheit des freien Europa mit den USA demonstrativ zum politischen Thema des Tages werden zu lassen.

Die Liste der Teilnehmer an der Diskussion zeigt dies deutlich: Professor Dr. Wälder Hallstein, der dänische Außenminister Per Hækkerup, J. Robert Schaefer, Staatssekretär für Fragen der atlantischen Politik beim amerikanischen Außenministerium CDU-Bundestagsabgeordneter Dr. Kurt Birrenbach, NATO-Generalsekretär Dirk U. Stikker, Belgiers stellvertretender Außenminister Henry Fayat, Berlins Regierender Bürgermeister Willy Brandt und der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Fritz Erler, der die Diskussionen mit viel Geschick leitete. Zum größten Bedauern aller Teilnehmer und der Organisatoren dieses internationalen Forums war es nicht möglich gewesen, einen namhaften französischen Politiker zu bewegen, nach Berlin zu kommen.

Doch kann man nicht sagen, daß die Tagung darunter gelitten hätte. Vielleicht wäre es in Anwesenheit eines Vertreters der französischen Europapolitik möglich gewesen, Irrtümer und Mißverständnisse offen anzusprechen, und vielleicht hätte man dadurch manches klärende Wort zu der bange Frage sagen können, wie sich die offizielle französische Europapolitik in nächster Zeit gestalten wird; aber keiner der Referenten oder Diskussionsteilnehmer versäumte es, die Notwendigkeit der engen Zusammenarbeit mit Frankreich zu betonen. Der gleich am ersten Tage von Fritz Erler gesprochene Satz, ohne Frankreich gebe es keine europäische Gemeinschaft, ohne Frankreich und die USA gebe es keine Sicherheit für die freie Welt, und die deutsch-französische Freundschaft müsse eingebettet werden in die große Gemeinschaft der freien Völker, wurde zum Leitmotiv der meisten während der Berliner Tagung gehaltenen Ansprachen. Dies zeigt doch sehr deutlich, wie sehr der geistige und materielle Beitrag Frankreichs zur Einigung Europas und der freien Welt gewertet wird, wenn auch oft das Bedauern darüber anklingt, daß Frankreich zu wenig Gebrauch von diesem Vertrauenskapital in der praktischen Politik macht. An die Adresse ungeduldiger Europäer gewandt, sagte der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Birrenbach einmal, gerade wir Deutschen sollten Frankreich und Großbritannien gegenüber mit unserer Forderung zur Aufgabe von Souveränitätsrechten vorsichtig sein. Frankreich und England hätten eine über lange Zeit hinweggehende und kaum unterbrochene geschichtliche Tradition als Nationen. Das Bewußtsein der nationalen Souveränität sei daher in diesen Völkern viel stärker entwickelt als bei uns Deutschen, deren nationale Geschichte sehr jung und überdies durch die schrecklichen Jahre des Hitler-Regimes und den darauffolgenden Zusammenbruch die Aufgabe der Souveränität zwangsläufig mit sich gebracht habe. Birrenbach fand für diesen Gedanken starken Beifall.

Als Bilanz der Berliner Tagung der Friedrich Ebert-Stiftung kann festgestellt werden:

22. Oktober 1963

- 1) Alle Redner und Diskussionsteilnehmer setzten sich für die Stärkung der Europäischen Gemeinschaft, für ihre Erweiterung und - in letzter Konsequenz - für die positive Beantwortung von Präsident Kennedys Appell zur Bildung der atlantischen Partnerschaft ein.
- 2) Die Berliner Tagung der Friedrich Ebert-Stiftung ist somit die erste international begründete und von hervorragenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in der freien Welt befürwortete positive Antwort auf das Partnerschaftsangebot Kennedys von 4. Juli 1962.
- 3) Alle Redner und Diskussionsteilnehmer waren sich darüber einig, daß auch vorübergehende Hemmungen auf dem Weg zur atlantischen Partnerschaft keine Veranlassung sein dürften, in der Verfolgung des als richtig erkannten Zieles nachzulassen.

Den Veranstaltern dieser Tagung der Friedrich Ebert-Stiftung, besonders aber ihrer unmittelbaren Initiatoren, dem Geschäftsführenden Vorsitzenden der Stiftung, Alfred M a u und dem Hauptgeschäftsführer Dr. Günther G r u n w a l d, gebührt der Dank dafür, daß sie ihre großen Erfahrungen und das Ansehen der Friedrich Ebert-Stiftung einsetzten, um im internationalen Rahmen eine positive Antwort auf eine Anregung Präsident Kennedys zu geben, zu der die offizielle Europapolitik noch nicht Stellung genommen hat. Die Friedrich Ebert-Stiftung leistete damit ein gutes Stück Pionierarbeit im Geiste der atlantischen Partnerschaft.

+ + +

Botschafter Berlins in Bonn

sp - Die deutsche Sozialdemokratie und der Berliner Senat trauern um Dr. Günter Klein, den langjährigen bevollmächtigten Sprecher Berlins an Sitz der Bundesregierung. Vor zwei Jahren war er aus diesem hohen und verantwortungsvollen Amt ausgeschieden, um als Abgeordneter im Bundestag zu wirken. Der Tod riß ihn nun in der Nacht zum Dienstag von der Seite seiner vielen Freunde. Dieser stille und bescheidene Mann machte nicht viel Aufhebens von sich, er schenkte das Rampenlicht der Öffentlichkeit und doch hat ihm Berlin unendlich viel zu verdanken. Seine Verdienste lagen auf dem umfangreichen verwaltungstechnischen Gebiet der Gestaltung und Vertiefung der Bindungen Berlins an das Finanz- und Rechtssystem des Bundes. Er liebte den gesellschaftlichen Kontakt, pflegte das persönliche, informelle Gespräch, er sah sich nie selbst als einen Parteimann, wenn es um Berlin ging. Die Berliner zählten den gebürtigen Posener, Sohn eines Revierförsters, zu den Ihrigen, dem sie Vertrauen schenkten. Seine Botschafterrolle in Bonn füllt ein bedeutendes Kapitel in der deutschen Nachkriegsgeschichte aus. Es trägt die Überschrift der unlöslichen Verbundenheit des freien Berlin mit der Bundesrepublik. Diese Tätigkeit allein sichert ihm in der Geschichte Berlins einen bedeutenden Platz und ein ehrenvolles Andenken. Sein Lebensweg enthält die typischen Stationen einer noblen Gesinnung verpflichteten Haltung. Das tausendjährige Reich warf ihn, den befähigten Verwaltungsjuristen, aus Amt und Würden, und für Günter Klein begann damit eine bittere Zeit. Er hat sie ungebrochen überstanden. Nach dem Zusammenbruch beauftragte ihn Berlin mit der Vertretung seiner Interessen zuerst im Wirtschaftsrat, dann bei der Bundesregierung. Günter Klein wurde nur 62 Jahre alt, sein Rat und seine reichen Erfahrungen werden fehlen.

+ + +

- 5 -

Pankows Reaktion auf Bonn.

Furcht vor einer aufgeschlossenen Ostpolitik

Von Eberhard Schreiber, Berlin

Die Regierungserklärung des neuen Bundeskanzlers hat die SED in Ostberlin etwas in Verlegenheit gebracht. Irgendwelche ausführlichen Kommentare standen bis zum Wochenende in Pankow noch aus; man begnügte sich damit, den Chef der illegalen KPD, Reimann, in einer Fernsehklärung vorzuschicken, die jedoch außer den bekannten Propagandatschen gegen die "imperialistische" Politik der Bundesrepublik nichts enthält, was auf die wichtigen Passagen in der Regierungserklärung Prof. Erhards Bezug nimmt.

Das Dilemma, in dem sich Ostberlin befindet, kam schon darin zum Ausdruck, daß man in der Zonenpresse das Grußtelegramm, das Chruschtschow Prof. Erhard sandte, einfach unterschlug. Soweit überhaupt außer der Erklärung Reimanns wie z.B. in der "Berliner Zeitung" ein Kurzkomentar vorliegt, wird auch die Erklärung des Bundeskanzlers übergangen, in der er in ziemlich konkreter Form den Wunsch nach einer Besserung der Beziehungen zu den Ostblockstaaten zum Ausdruck bringt. Selbst die von der bisherigen praktischen Adenauer-Politik abweichende Zielsetzung des neuen Kanzlers, alles zu tun, um die Politik der Entspannung zwischen West und Ost zu unterstützen, wird in Pankow offenbar sehr ungern gehört. Im Kurzkomentar der BZ wird hier nur von "unverbindlichen, leeren Worten" gesprochen, "die die zunehmende Isolierung Bonns aufhalten sollen".

Ohne Zweifel wäre es Pankow trotz aller Beschimpfungen des Kanzlers Adenauer lieber gewesen, wenn dieser weiter an der Spitze der Bonner Regierung gestanden hätte. Die SED sah gerade in der Eigenwilligkeit des früheren Regierungschefs für sich eine gute Chance, daß im Laufe der künftigen politischen Entwicklung zwischen Ost und West die Bundesrepublik in eine Isolierung hineintreibt, die auf weitere Sicht gesehen der Erfüllung Pankower Ambitionen dienlich sein könnte.

Das außenpolitische Konzept der kommunistischen Regierung in Ostberlin scheint in zweifacher Weise jetzt durcheinandergebracht zu sein: Bisher legte Pankow seine außenpolitischen Bemühungen vor allem gegenüber den nichtgebundenen Staaten in Asien, Afrika und Lateinamerika darauf an, den Zonenstaat als "friedlichen und in jeder Weise verhandlungsbereiten" Staat hinzustellen, die Bundesrepublik aber als "aggressionslüstern und total entspannungsfreudig" anzuprangern, was ihm bisher nicht allzu schwer fallen konnte, da die unverständliche Haltung des bisherigen Bundeskanzlers und mancher Minister genügend Vorwände für eine solche Interpretation geben konnten. Nun befürchtet Pankow, die von Bundeskanzler Erhard so betont herausgestellte Linie einer neuen Ostpolitik der Bundesregierung könnte in Zukunft auch in einiger Ostblockstaaten zu einer veränderten Haltung gegenüber Bonn führen. Solche Befürchtungen mögen zur Zeit noch untergründig sein und nur in privaten Gesprächen zwischen SED-Funktionären und Ostblockdiplomaten geäußert werden. Ihre Existenz paßt jedoch zu der Verlegenheit, mit der Pankow auf die Regierungsübernahme durch Prof. Erhard reagiert. Die pauschale Behauptung des KP-Chefs Reimann, der neue Bonner Kanzler Erhard setze die "imperialistische Adenauer-Politik" fort, entpuppt sich lediglich als ein billiges Propagandamäximum, nicht zuletzt aber auch als eine Schutzwand, hinter der sich auf der Pankower Seite Unsicherheit und nicht geringe Befürchtungen verbergen.

Ohne Gerhardsen geht es nicht

Kommunalwahlen stärkten die Stellung der Regierung
Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Raaten

Klar und eindeutig haben die norwegischen Wähler ihr Vertrauen zu Einar Gerhardsen ausgesprochen. Gewiß ist die parlamentarische Lage im Storting genau dieselbe wie früher. Daran konnten die Kommunalwahlen selbstverständlich nichts ändern. Gegenüber den 74 Sitzen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei stehen die 74 der vier nicht-sozialistischen Parteien und dazwischen die zwei Volkssozialisten. Aber die Gewinne der sozialdemokratischen Partei bei den Kommunalwahlen haben die Stellung der neuen Gerhardsen-Regierung gestärkt. Es besteht gar kein Zweifel, daß die sozialdemokratische Partei die absolute Mehrheit im Storting wieder erobern würde, wenn heute landespolitisch gewählt würde. Damit ist auch die Stellung der zwei Volkssozialisten im Oeolser Parlament erheblich geschwächt. Erstens hätte der volkssozialistische Parteiführer Finn Gustavsen - falls es sich um Stortingwahlen gehandelt hätte - seinen Sitz verloren. Zweitens werden die Volkssozialisten sich hüten, noch einmal den nicht-sozialistischen Parteien Hilfe zu leisten, um die sozialdemokratische Regierung zu stürzen. Das Ergebnis dieses Experiments war, daß die Volkssozialisten nur drei Prozent der Stimmen bei den Kommunalwahlen erringen konnten, was mit einer Niederlage gleichzustellen ist.

In einem ausführlichen Programm hat Einar Gerhardsen schon bei der Stortingsdebatte, die zum Sturz der nicht-sozialistischen Koalitionsregierung führte, seine neue Regierung zu einer fortschrittlichen Sozialpolitik verpflichtet. Erhöhung der gesetzlich geregelten Ferien von drei auf vier Wochen im Jahr und eine Erhöhung der Altersversicherung auf drei Viertel der Lohneinkommen sind nur einzelne Punkte des sozialdemokratischen Programms für die nächste Zukunft.

Vor allem hat es sich aber gezeigt, daß die Person Gerhardsens eine Rolle spielt, die nicht zu überschätzen ist. Die Popularität Gerhardsens ist so groß, daß es für die nicht-sozialistischen Parteien unmöglich war seine Position zu schwächen. Einar Gerhardsen kehrt zurück an die Spitze einer Regierung mit wohlbekanntem Namen. Das politische Klima in Norwegen ist allerdings härter geworden. Die vier nicht-sozialistischen Parteien, deren Koalitionsregierung unter John Lyng nur vier Wochen dauerte, wollen selbstverständlich alles unternehmen, um bei den in spätestens zwei Jahren fälligen Parlamentswahlen eine politische Systemveränderung zu erreichen. An erster Stelle wird übrigens damit gerechnet, daß sämtliche Parteien sich über eine Grundgesetzänderung einigen werden, damit das Auflösungsrecht auch in Norwegen eingeführt wird. Damit könnte bei einer Situation wie der jetzigen, die keine klaren parlamentarischen Verhältnisse schafft, das Storting aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben werden. Es braucht also nicht zwei Jahre zu dauern, bis die Norweger eine neue Gelegenheit bekommen, ihr Votum auszusprechen.